
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppen-
burg am Dienstag, dem 10.09.2024, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des
Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordnete Christa Preuth-Stuke

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Rasmus Braun
3. Kreistagsabgeordnete Ruth Fangmann
4. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus
5. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage
6. Kreistagsabgeordneter Dirk Koopmann
7. Kreistagsabgeordneter Josef Osterkamp
8. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
9. Kreistagsabgeordneter Hermann Schröer
10. Kreistagsabgeordneter Henning Stoffers
11. Kreistagsabgeordneter Frank Tönnies
Vertretung für Herrn Klaus Karnbrock
12. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske
13. Kreistagsabgeordnete Judith Vey-Höwener
14. Kreistagsabgeordneter Nils Wolke
Vertretung für Herrn Stephan Christ

Zugewählte beratende Mitglieder

15. Verein der Integrationslotsen im Mina Amiry
Landkreis Cloppenburg e. V.
16. Diakonisches Werk Martina Fisser
17. Deutsches Rotes Kreuz Jan Hoffmann
Vertretung für Herrn Johannes Wilhelm
18. Landes-Caritasverband Beate Oltmann
Vertretung für Herrn Dietmar Fangmann
19. Der Paritätische Dorothee Rensen

Verwaltung

20. Senioren- und Pflegestützpunkt Alex Bodinek
21. Ärztin im Gesundheitsamt Manuela Fastje
22. Gleichstellungsbeauftragte Marén Feldhaus
23. Amt für Bildung, Integration und Dr. Stefanie Föbker
Demografie
24. Kreisverwaltungsoberrätin Carola Krenke
25. Kreisamtsrat Colja Pregler
26. Persönliche Referentin des Landra- Laura Struve
tes
27. Kreisrätin Anne Tapken
28. Kreisverwaltungsoberrat Peter Uchtmann

Protokollführer/in

29. Kreisverwaltungsrätin Sandra Helmes

Gäste

30. Verein der Integrationslotsen im
Landkreis Cloppenburg e.V. Schirien Hosseiny

Es fehlten:

31. Vertreter des Beirates für Menschen
mit Behinderung Jan-Gustav Ahlers

32. Arbeiterwohlfahrt Brigitte Siebum

33. Kreistagsabgeordnete Carolin Abeln

34. Kreistagsabgeordneter Sven Sager

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Genehmigung des Protokolls
- 5 . Vorstellung der Psychosozialen Notfallversorgung im Landkreis Cloppenburg
- 6 . Vorstellung des örtlichen Pflegeberichts 2024 für den Landkreis Cloppenburg
- 7 . Antrag der Integrationslotsen im Landkreis Cloppenburg e.V. auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2025 - 2027 V-SOZ/24/176
- 8 . Antrag des SkF auf Bezuschussung der Kosten für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisationen für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG und Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen für 2025 V-SOZ/24/177
- 9 . Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf weitere Förderung der Hebammenzentrale – „Anlaufstelle für werdende Eltern“ im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2025-2027 V-SOZ/24/178
- 10 . Antrag des Vereins "donum vitae –Regionalverein Cloppenburg" auf erneute Erhöhung des bereits gewährten Zuschusses für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2023 - 2025 V-SOZ/24/179
- 11 . Antrag des Vereins Konfliktschlichtung e.V. Oldenburg vom 19.05.2024 für die weitere Bezuschussung des Oldenburger Interventionsprojekt (OLIP) - Täterberatung bei Häuslicher Gewalt - für die Jahre 2025-2027 V-SOZ/24/180
- 12 . Antrag des Schulelternrates des Copernicus-Gymnasium Lönigen auf eine befristete Förderung von Stellen für Schulsozialarbeit an den Gymnasien des Landkreises Cloppenburg V-SOZ/24/181
- 13 . Anregungen und Beschwerden
- 14 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 15 . Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Gäste und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

4. Genehmigung des Protokolls

Die Niederschrift über die Sitzung am 16.04.2024 wurde – bei 2 Enthaltungen – einstimmig genehmigt.

5. Vorstellung der Psychosozialen Notfallversorgung im Landkreis Cloppenburg

Herr Dierker stellte die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) vor. Diese ist ein Projekt unter dem Dach des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Cloppenburg. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dierker äußerte seine Sorge, ob die Ausbildung weiterhin finanziert werden könne. In der Regel seien die ehrenamtlichen Kriseninterventionshelfer für 5 – 6 Jahre im Einsatz, dann werde der Dienst beendet. Dies habe zur Folge, dass regelmäßig Nachwuchs geschult werden müsse. Die Kosten pro Ausbildungsplatz würden sich auf etwa 1.000 EUR belaufen. Durchschnittlich befänden sich 5 Personen in der Ausbildung. Dafür werde finanzielle Unterstützung benötigt.

Außerdem sei das in Friesoythe stationierte Fahrzeug der PSNV bereits 22 Jahre alt. Um Ersatz zu beschaffen, gebe es derzeit eine Spendenaktion.

Kreistagsabgeordnete Fangmann bedankte sich für die gute und ausführliche Vorstellung des Angebotes. Sie sei dankbar, dass es dieses Angebot gebe. Dort werde gute und wertvolle Arbeit geleistet, die vielen Menschen in besonderen (Not-)Situationen zugutekäme. Sie unterstütze dieses Angebot. Wichtig sei, dass auch Hilfe für die Einsatzkräfte sichergestellt werde.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Tönnies erklärte Herr Dierker, dass die Ausbildung zum Kriseninterventionshelfer 7 Monate dauere. Sie finde an einem Wochenende pro Monat statt, von Samstagmorgen bis Sonntagabend. Die Ausbildung umfasse 112 Unterrichtseinheiten á 45 Minuten.

Vorsitzende Preuth-Stuke bedankte sich für die interessante Vorstellung und die wertvolle Arbeit der PSNV.

6. Vorstellung des örtlichen Pflegeberichts 2024 für den Landkreis Cloppenburg

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke sprach vor der Vorstellung des örtlichen Pflegeberichts für den Landkreis Cloppenburg einleitende Worte:

Der durch Herrn Bodinek, Mitarbeiter im Senioren- und Pflegestützpunkt des Landkreises Cloppenburg, erstellte Pflegebericht für den Landkreis Cloppenburg wird zunächst hier im Sozialausschuss vorgestellt, bevor dieser veröffentlicht wird. Es handelt sich um den zweiten Pflegebericht für den Landkreis Cloppenburg.

Die Notwendigkeit zur Erstellung des örtlichen Pflegeberichts ergibt sich aus dem Niedersächsischen Pflegegesetz. Inhalt des Pflegeberichts ist die pflegerische Versorgungsstruktur, sowohl der aktuelle Stand als auch die Entwicklung. Es werden Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur zukünftigen Sicherstellung der pflegerischen Versorgung entwickelt und vorgestellt.

Die erforderlichen Maßnahmen und Handlungsempfehlungen sind dabei keine alleinige Aufgabe des Landkreises. Es ist im Gegenteil Aufgabe aller Akteure, in Zusammenarbeit und Abstimmung über die Pflegekonferenzen an der Umsetzung zu arbeiten und ggf. Arbeits- oder Projektgruppen entstehen zu lassen.

Im Anschluss stellt Herr Bodinek den Pflegebericht für den Landkreis Cloppenburg vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck bestätigte, dass im Landkreis Cloppenburg Kurzzeitpflegeplätze fehlen würden. Nach Entlassung aus dem Krankenhaus müssten oft bis zu 30 Einrichtungen angefragt werden, bis ein Platz für die Kurzzeitpflege gefunden werde. Darauf habe der Landkreis aber kaum Einfluss, sondern dies sei den Anbietern überlassen bzw. müsse durch diese geregelt werden. Der Landkreis habe nur die Option, über Pflegesätze zu verhandeln. Der Landkreis habe auch keinen Einfluss auf die personelle Situation. Trotzdem sei die Situation im Landkreis Cloppenburg im Vergleich zu anderen Städten und Landkreisen noch gut, so dass hier häufig auch auswärtige pflegebedürftige Menschen untergebracht seien.

Die Steuerungsmöglichkeiten als Kommune würden fehlen.

Beratendes Mitglied Amiry erklärte, dass Pflegefachkräfte aus anderen Ländern gewonnen würden. Durch fehlenden bezahlbaren Wohnraum verliere der Landkreis dann aber deutlich an Attraktivität, so dass nach ihren Erfahrungen ausländisches Pflegepersonal aus dem Landkreis Cloppenburg wegziehen würde. So sei kein Verbleib und keine Integration möglich. Ausländische Pflegekräfte müssten zunächst ihre Anerkennung absolvieren und würden in dieser Zeit nur als Hilfskräfte entlohnt. Ähnliches gelte für Auszubildende. Das Geld reiche nicht, um eine Unterkunft sicherzustellen.

Kreistagsabgeordnete Fangmann sagte, dass sie den Pflegestützpunkt sehr positiv bewerte. Dies sowohl aus eigener guter Erfahrung als auch von anderen, die sie dorthin verwiesen habe. Es sei wichtig, diese Anlaufstelle gut auszubauen. Hier erhalte man Hilfe in besonderen Notsituationen und bekomme einen Überblick. Wünschenswert wäre ein Anlaufpunkt für Betroffene/Hilfesuchende.

Hierzu entgegnete Kreisverwaltungsoberrätin Krenke, dass sie das Lob gerne an die Mitarbeiterinnen des SPN weitergebe. Eine Beratung der Betroffenen finde dort statt. Ein Case-Management wäre jedoch nicht möglich, dazu wäre eine deutliche Personalaufstockung erforderlich.

Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus regte an, dass in der angekündigten Netzwerkarbeit auch Akteure aus der Wirtschaft(sförderung) sowie der Wohnungsbauwirtschaft angesprochen werden sollten. Schließlich würden durch die Pflege von Angehörigen Fachkräfte, insbesondere Frauen, im Arbeitsmarkt fehlen. Zur Situation der Pflege als Gleichstellungsthema habe es schon einmal im Herbst 2023 ein Austauschtreffen gegeben, darauf könne man bestimmt aufbauen.

7. Antrag der Integrationslotsen im Landkreis Cloppenburg e.V. auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2025 - 2027
Vorlage: V-SOZ/24/176

Die Leiterin des Amtes für Bildung, Integration und Demografie, Dr. Föbker, trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Wolke sprach einen Dank an die Integrationslotsen für die wertvolle Arbeit aus. Er sagte, im Bericht sei angesprochen worden, dass die Räumlichkeiten zu klein seien. Gebe es da schon eine Lösung?

Hierzu erklärte beratendes Mitglied Amiry, dass die Lage der Räumlichkeiten der Integrationslotsen sehr zentral sei. Allerdings würden die Räume knapp. Bislang habe man keine andere Gegebenheit gefunden.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die SPD ebenso die wertvolle Arbeit der Integrationslotsen sehe. Dies sei wichtig für die Bevölkerung; das zeige auch die mannigfaltige Zusammensetzung des Personals.

Grundsätzlich stimme die SPD dem Antrag zu. Allerdings fehlten bei der Kostenübersicht eine Auflistung der Einnahmen.

Dr. Föbker sagte, dass die Bilanz aus dem Jahresbericht vorliege. Die Bilanz könne dem Protokoll beigefügt werden. Beratendes Mitglied Amiry ergänzte, dass keine Bedenken gegen die Beifügung der Unterlagen bestünden.



Auch die CDU, so Kreistagsabgeordneter Tönnies, schätze das gute Angebot der Integrationslotsen und stimme dem Antrag zu.

Vorsitzende Preuth-Stuke verlas den Beschlussvorschlag und stellte diesen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, den Integrationslotsen im Landkreis Cloppenburg e. V. für die Jahre 2025-2027 einen jährlichen Zuschuss als Festbetragsfinanzierung für die Personal- und Sachkosten in Höhe von 104.200,00 EUR zu bewilligen.

-
8. **Antrag des SkF auf Bezuschussung der Kosten für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisationen für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG und Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen für 2025**
Vorlage: V-SOZ/24/177
-

Ärztin im Gesundheitsamt Fastje trug entsprechend der Vorlage vor und verlas den Beschlussvorschlag.

Kreistagsabgeordnete Vey-Hövenner erklärte, dass die SPD das Angebot unterstütze. Familien hätten oft schon genügend andere Probleme, so dass es wichtig sei, dass im Bereich der Verhütung eine Unterstützung erfolge.

Die CDU sieht das Angebot ebenso als notwendig an, trug Kreistagsabgeordneter Schröder vor.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, dass dem SkF für das Haushaltsjahr 2025 ein Betrag von bis zu 4.000 EUR als Zuschuss der Kosten für empfängnisverhütende Mittel und Sterilisationen als Defizitausgleich bereitgestellt wird.

-
9. **Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf weitere Förderung der Hebammenzentrale – „Anlaufstelle für werdende Eltern“ im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2025-2027**
Vorlage: V-SOZ/24/178
-

Ärztin im Gesundheitsamt Fastje trug entsprechend der Vorlage vor und verlas den Beschlussvorschlag.

Kreistagsabgeordnete Fangmann teilte mit, dass die SPD den Antrag unterstütze. Eine Anlaufstelle für werdende Eltern sei sehr wichtig. Der Start in das Leben müsse gut gelingen.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, dass dem SkF für den weiteren Betrieb der Hebammenzentrale sowie für die finanzielle Unterstützung der Hebammen im Bereich der Wochenbettbetreuung ein Zuschuss für die Jahre 2025-2027 in Höhe von jährlich bis zu 43.000,00 EUR als Defizitausgleich gewährt wird.

10. **Antrag des Vereins "donum vitae –Regionalverein Cloppenburg" auf erneute Erhöhung des bereits gewährten Zuschusses für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2023 - 2025**
Vorlage: V-SOZ/24/179

Ärztin im Gesundheitsamt Fastje trug entsprechend der Vorlage vor und verlas den Beschlussvorschlag.

Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske erklärte, dass die CDU dem Antrag zustimme. Ohne eine Zustimmung sei es dem Verein nicht möglich, die Lohnzahlungen für das laufende Jahr zu erbringen. Allerdings sehe er es kritisch, dass im laufenden Haushaltsjahr 2024 erneut eine Erhöhung beantragt und bewilligt werden müsse. Um dem Verein für die nächsten Monate eine Planungssicherheit zu ermöglichen, erfolge die Zustimmung.

Er schlug vor, den sozialen Sektor im Landkreis Cloppenburg grundsätzlich auf das Vorliegen von Doppelstrukturen zu untersuchen. Die soziale Absicherung sei wichtig, aber freiwillige Leistungen müssten aufgrund der angespannten Haushaltslage kritisch hinterfragt werden.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zu Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

**Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:
Für das Haushaltsjahr 2024 gewährt der Landkreis dem Verein „donum vitae – Regionalverein Cloppenburg“ einen Zuschuss von bis zu 43.000 € als Defizitausgleich für die Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung.**

**11. Antrag des Vereins Konfliktschlichtung e.V. Oldenburg vom 19.05.2024 für die weitere Bezuschussung des Oldenburger Interventionsprojekt (OLIP) - Täterberatung bei Häuslicher Gewalt - für die Jahre 2025-2027
Vorlage: V-SOZ/24/180**

Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus trug entsprechend der Vorlage vor. Sie sagte, dass die Landkreise Ammerland und Oldenburg sowie die Stadt Delmenhorst der finanziellen Beteiligung bereits zugestimmt hätten. Beim Landkreis Wesermarsch und der Stadt Oldenburg werde dies noch in den politischen Gremien abgestimmt.

Kreistagsabgeordnete Fangmann sagte, dass sie das Projekt sehr befürworte. Jede Person, die es schaffe, durch eine Teilnahme an dem Projekt nachhaltig ihr Verhalten zu ändern, sei ein Gewinn. Das Angebot sei im Präventionsrat der Stadt Cloppenburg besprochen worden. Das Problem sei, dass das Angebot in Oldenburg stattdessen finde und es für viele sowohl finanziell als auch zeitlich nicht oder nur sehr schwer leistbar sei, dort teilzunehmen. Es wäre wichtig, dass es das Angebot auch im Landkreis Cloppenburg gebe.

Hierzu ergänzte Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus, dass es bei entsprechender Nachfrage möglich sei, das Angebot auch in Cloppenburg vorzuhalten. Allerdings sei für manche Teilnehmer die Anonymität, die eine Teilnahme in Oldenburg biete, wichtig.

Die CDU stimme dem Beschluss ebenfalls zu, sagte Kreistagsabgeordneter Holthaus. Er fragte, ob es eine Rückmeldung gebe, wie sich die Teilnahme an dem Programm auf die Täter auswirke.

Hierzu sagte Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus, dass ihr das nicht bekannt sei. Sie werde das nachfragen, vermute aber, dass entsprechende Zahlen nicht vorliegen würden.

Vorsitzende Preuth-Stuke trug den Beschlussvorschlag vor und stellte diesen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Dem Kreistag wird folgende Beschlussfassung empfohlen:

Der Landkreis Cloppenburg stellt, vorbehaltlich der entsprechenden finanziellen Beteiligung der im Antrag genannten kommunalen Partner (Landkreise Ammerland, Wesermarsch, Oldenburg, Städte Oldenburg und Delmenhorst), die Finanzmitteln in Höhe von jährlich 11.500 Euro für die Jahre 2025 bis 2027 als Zuschuss für den Verein Konfliktschlichtung e. V. für die Durchführung des Oldenburger Interventionsprojektes OLIP für Täterinnen und Täter im Kontext häuslicher Gewalt aus dem Landkreis Cloppenburg bereit.

**12. Antrag des Schulelternrates des Copernicus-Gymnasium Lönigen auf eine befristete Förderung von Stellen für Schulsozialarbeit an den Gymnasien des Landkreises Cloppenburg
Vorlage: V-SOZ/24/181**

Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Wolke sagte, dass den Grünen bei dem Beschlussvorschlag unwohl sei. Es sei wichtig, die Situation der Schüler im Blick zu haben und alle Schüler der unterschiedlichen Schulen und Schulformen gleich zu behandeln. In der Grünenfraktion habe man sich einen Kompromissvorschlag überlegt: Beim Land sei bereits die Umwandlung von 18 Lehrerstunden in finanzielle Mittel für eine halbe Stelle Schulsozialarbeit beantragt worden. Die verbleibende halbe Stelle könnte durch Landkreismittel finanziert werden, um so eine volle Stelle Schulsozialarbeit sicherzustellen.

Kreistagsabgeordnete Fangmann ergänzte, dass es richtig sei, dass die Schulsozialarbeit, insbesondere an den Gymnasien, Ländersache sei. Und der Landkreis müsse auf seine Ausgaben achten. Trotzdem sei dies aber nach Auffassung der SPD kein Ausschlusskriterium. Die Nachfrage nach Schulsozialarbeit sei noch nie so hoch gewesen wie aktuell. Auch die Schüler an den Gymnasien hätten die gleichen Probleme wie Schüler an anderen Schulen. Der Bedarf sei an den Gymnasien ebenfalls hoch.

Kreistagsabgeordneter Braun erklärte, dass die CDU dem in der Vorlage formulierten Beschlussvorschlag folge. Wo das Land sich engagiere, müsse der Landkreis sich aus der Finanzierung zurückziehen. Es gebe das Startchancen-Programm, das gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler unterstütze. Bei der Verteilung der Gelder werden die sozialen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Insbesondere der Anteil junger Menschen in Armut und die Migrationsgeschichte soll hierbei entscheidend sein. Das Land werde den Verteilschlüssel durchdacht haben und die Mittel den Schulen mit den entsprechenden Bedarfen zukommen lassen.

Das sei keine Angelegenheit, die in der Politik auf Kreisebene zu lösen sei, sondern Rot-Grün müsse die Landesregierung bemühen und das Anliegen an die Landtagsabgeordneten weitertragen.

Hierzu entgegnete Kreistagsabgeordneter Wolke, dass eine Lösung vor Ort wichtig sei. Hier werde keine Landes- oder Bundespolitik betrieben. Komme das Land seiner Verantwortung und Zuständigkeit nicht nach, sei es wichtig, dass vor Ort Lösungen gefunden würden.

Kreistagsabgeordneter Schröder erläuterte, dass er die Argumente der SPD nachvollziehen könne. Aber es sei ein falscher Ansatz, wenn der Landkreis hier in die Finanzierung einsteige, weil das Land sich nicht für zuständig sehe. Das Regionale Landesamt für Schule und Bildung habe mehr Erfahrung in der Zuweisung der Mittel und könne dies objektiv betrachten und entscheiden. Auch wenn der Antrag nachvollzogen werden kann, müsse man sich hier auf die Expertise des Landes verlassen und könne als Landkreis nicht einspringen, wenn das Land nicht fördere. Er bitte um Verständnis für diese Entscheidung.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck entgegnete, dass es ein Problem sei, wenn die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit zwar erkannt, aber mangels Zuständigkeit die Finanzierung abgelehnt werde. Eine freiwillige Finanzierung würde dem Profil des Landkreises entsprechen und seine Schwerpunkte aufzeigen. Die SPD unterstütze den Standpunkt der Grünen.

Hierzu entgegnete Kreistagsabgeordneter Braun, dass die Finanzierung des Personals an Schulen Aufgabe des Landes sei. Seiner eigenen Finanzierungsaufgabe, nämlich der sächlichen Ausstattung der Schulen, komme der Landkreis vorbildlich nach.

Kreistagsabgeordneter Wolke erläuterte nochmals, dass es sich bei dem Kompromissvorschlag – das Land kapitalisiert Lehrerstunden für eine halbe Stelle Sozialarbeit, der Landkreis finanziert die andere halbe Stelle – um einen lösungsorientierten Ansatz handle.



Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske erwiderte, dass man es sich mit dieser Lösung zu einfach mache. Zum einen beginne zum 15.09.2024 bereits die Schulsozialarbeit mit einer halben Stelle aus den kapitalisierten Lehrerstunden am Copernicus-Gymnasium Lönigen, insofern sei die Information der Grünen veraltet. Zum anderen müsse die von den Grünen und der SPD geforderte Lösung von der Landesregierung eingefordert werden und die Verantwortung an diese Stelle abgegeben werden. Auf Kreisebene bestehe keine Veranlassung, Unterlassungen/Verfehlungen der rot-grünen Regierung aufzufangen. Dies liege ausschließlich in der Verantwortung des Landes.

Kreistagsabgeordneter Wolke stellte den Antrag auf folgende Beschlussfassung:
**Dem Kreistag wird folgende Beschlussfassung empfohlen:
Es werden die finanziellen Mittel für eine halbe Stelle Schulsozialarbeit bereit gestellt unter der Voraussetzung, dass das Land den Kapitalisierungsantrag bewilligt.**

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen abgelehnt.

Vorsitzende Preuth-Stuke trug den Beschlussvorschlag entsprechend der Vorlage vor und stellte diesen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss mehrheitlich mit 5 Gegenstimmen, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

**Dem Kreistag wird folgende Beschlussfassung empfohlen:
Der Antrag des Schulelternrates des Copernicus-Gymnasium Lönigen, die Stellen für Schulsozialarbeit an den Gymnasien in Trägerschaft des Landkreises Cloppenburg befristet zu fördern, bis das Land Niedersachsen eine Landesstelle für Schulsozialarbeit an den betroffenen Gymnasien eingerichtet hat, wird abgelehnt.**

13. Anregungen und Beschwerden

Kreistagsabgeordneter Braun schlug vor, die Sitzungen des Sozialausschusses künftig im großen Sitzungssaal abzuhalten. Kreisrätin Tapken sagte, dass dies geklärt werde. Insbesondere müsse geschaut werden, ob der große Sitzungssaal zur Verfügung stehe, da alle Säle regelmäßig sehr ausgebucht seien.

14. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Anfragen lagen nicht vor.

15. Mitteilungen

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke informierte zum Sachstand zur Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber:

Nach Mitteilungen des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport mit Schreiben vom 25.07.2024 und ganz aktuell vom 06.09.2024 ist derzeit das länderübergreifende Vergabeverfahren noch nicht abgeschlossen.

Die europaweite Ausschreibung ist von mehreren unterlegenen Bietern angefochten worden. Alle Nachprüfungsverfahren sind mittlerweile von der zuständigen Vergabekammer in Karlsruhe abgewiesen worden, dabei wurde die Rechtmäßigkeit des Verfahrens vollumfänglich bestätigt. Zurzeit ist noch ein Beschwerdeverfahren beim Oberlandesgericht in Karlsruhe anhängig.

Sobald dieses Verfahren abgeschlossen ist, steht ein Dienstleister zur Verfügung, der flächendeckend für alle Bundesländer ein einheitliches Bezahlkartensystem für Asylbewerber nach dem AsylbLG einführen wird. Nach dem ersten Rollout soll die grundsätzliche Ausgabe der Bezahlkarte in der Erstaufnahme der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen erfolgen.

Das Innenministerium rät dringend davon ab, vorab bereits eigene Bezahlkartensysteme einzuführen, da dies dem Ziel einer späteren einheitlichen Lösung entgegenliefe. Der Landkreis Cloppenburg beabsichtigt keine Einführung eines eigenen Bezahlkartensystems.

Wann die länderübergreifende Einführung erfolgen wird, bleibt abzuwarten

Um 18:50 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende

Landrat

Protokollführerin